

Arbeiten aus dem

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Working Papers

Nr. 228

Februar 2001

Die Arbeitsmärkte der Beitrittskandidaten vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung

Michael KNOGLER

ISBN 3-921396-61-1

Gutachten

erstellt im Auftrag des
Bundesministeriums der Finanzen

Dezember 2000



Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	vii
1. Einleitung.....	1
2. Die Einbeziehung der Beitrittskandidaten in die Europäische Beschäftigungsstrategie	2
2.1. Zielsetzungen der Europäischen Beschäftigungsstrategie.....	2
2.2. Die arbeitsmarktpolitische Dimension der EU-Osterweiterung....	3
2.3. Festlegung gemeinsamer Indikatoren.....	6
3. Determinanten der Beschäftigung: Wachstum, Produktivität und Löhne.	7
3.1. Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum	7
3.2. BIP und Industrieproduktion	9
3.3. Arbeitsproduktivität und Beschäftigung	16
3.3.1. Produktivitätsentwicklung.....	16
3.3.2. Implikationen für die Beschäftigungsentwicklung.....	19
3.3.3. Beschäftigungsanpassung in der Industrie.....	24
3.4. Löhne und Lohnstückkosten	26
4. Benchmark-Analyse: Die Beschäftigungsleistung der Beitrittskandidaten..	31
4.1. Verwendete Indikatoren	31
4.2. Beschäftigung.....	32
4.2.1. Beschäftigungswachstum	32
4.2.2. Beschäftigungsquote.....	33
4.2.3. Geschlechtspezifische Unterschiede in den Beschäftigungsquoten.....	35
4.2.4. Beschäftigung älterer Arbeitnehmer.....	36
4.3. Arbeitslosigkeit	38
4.3.1. Datenproblematik	38
4.3.2. Arbeitslosenquote.....	38
4.3.3. Geschlechtsspezifische Unterschiede der Arbeitslosigkeit	40
4.3.4. Jugendarbeitslosigkeit	42
4.3.5. Langzeitarbeitslosigkeit.....	44

4.4. Die Beschäftigungsleistung der Beitrittskandidaten im Ländervergleich	45
4.4.1. Anwendung der Rautendiagramme-Methodik	45
4.4.2. Ergebnisse der Benchmark-Analyse.....	49
Anhang A	51
Anhang B	62
Literatur.....	63

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Entwicklung des BIP in den Ländern der Beitrittskandidaten	12
Tabelle 2	Entwicklung von BIP und Industrieproduktion 1989-1999	14
Tabelle 3	Beschäftigung und Wachstum in den Beitrittskandidaten	20
Tabelle 4	Zerlegung der Veränderung der Beschäftigungsquoten 1994-98.....	34
Tabelle 5	Indikator 3: Geschlechtsspezifische Differenz in den Beschäftigungsquoten	36
Tabelle 6	Indikatoren zur Jugendarbeitslosigkeit	43
Tabelle 7	Geschlechtsspezifische Indikatoren zur Langzeitarbeitslosigkeit.....	45
Tabelle 8	Referenzwerte für die acht Indikatoren.....	46
Tabelle 9	Originaldaten: Indikatoren zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1998/1994	47
Tabelle 10	Standardisierte Daten: Indikatoren zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1998/1994.....	48

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Entwicklung des BIP	11
Abbildung 2	Einfluss von Inflation und Reformen auf das Wachstum	15
Abbildung 3	Entwicklung der Arbeitsproduktivität.....	17
Abbildung 4	Entwicklung der Arbeitsproduktivität gesamt und Industrie	18
Abbildung 5	Produktions- und Beschäftigungsentwicklung	19
Abbildung 6	Produktion und Beschäftigung in ausgewählten Transformations- ländern.....	23
Abbildung 7	Beschäftigung, Produktion und Arbeitsproduktivität in der Industrie	25
Abbildung 8	Reallöhne und reale Lohnstückkosten	28
Abbildung 9	Industrieproduktion und reale Lohnstückkosten in der Wachstums- phase der Industrieproduktion.....	30
Abbildung 10	Indikator 1: Beschäftigungswachstum	32
Abbildung 11	Indikator 2: Beschäftigungsquote	33
Abbildung 12	Differenz der Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen	35
Abbildung 13	Indikator 4: Beschäftigung älterer Arbeitnehmer.....	37
Abbildung 14	Indikator 5: Arbeitslosenquote.....	39
Abbildung 15	Arbeitslosenquote nach AKE-Daten und registrierten Arbeitslosen .	40
Abbildung 16	Indikator 6: Geschlechtsspezifische Differenz der Arbeitslosen- quoten.....	41
Abbildung 17	Differenz der Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen.....	41
Abbildung 18	Indikator 7: Jugendarbeitslosigkeit	42
Abbildung 19	Indikator 8: Langzeitarbeitslosigkeit.....	44
Abbildung A1	Benchmarkdiagramme	52

Kurzfassung

1. Die Beschäftigungspolitik hat innerhalb der Europäischen Union in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Seit der umfassenden Revision des Unionsvertrages im Juni 1997 in Amsterdam behandelt die Union die Beschäftigung nicht mehr als in alleiniger Kompetenz der Mitgliedstaaten stehend, sondern als Bereich von allgemeinem Interesse für die Union. Die Ende 1997 verabschiedeten Leitlinien für die Beschäftigungspolitik formulieren die Grundzüge einer europäischen Beschäftigungsstrategie sowie beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Umsetzung dieser Strategie. Sie dienen zugleich als Vorlage für die Ausarbeitung der Nationalen Aktionspläne, die die Vorgaben der Leitlinien in nationale, möglichst quantifizierbare Zielvorgaben bzw. administrative und andere Maßnahmen umsetzen. Vorrangiges Ziel der Strategie besteht darin, die Beschäftigungsquote in der EU an den Stand der wichtigsten Handelspartner anzunähern und damit das nicht voll genutzte Beschäftigungspotential der Europäischen Erwerbsbevölkerung auszuschöpfen.
2. Die Beschäftigungsstrategie gehört nun auch zum gemeinschaftsrechtlichen Besitzstand (*acquis communautaire*), der von den Beitrittskandidaten übernommen werden muss. Der EU-Beitritt der MOE-Länder erfordert damit eine Anpassung der Beschäftigungspolitik sowie die Schaffung von Strukturen zum Aufbau moderner Arbeitsmärkte, wobei insbesondere die Einrichtungen der Arbeitsmärkte und die Systeme zur Durchführung der Beschäftigungspolitik so verändert werden müssen, daß die praktische Umsetzung der Beschäftigungsleitlinien ermöglicht wird. Der Umfang dieses Anpassungsbedarfs wird daran deutlich, daß sich bislang die Arbeitsmarktbedingungen und -strukturen von der Freizügigkeit von Erwerbstätigen und der Flexibilität von Löhnen und Sozialbeiträgen bis hin zu Beschäftigungsbedingungen und Einkommensstrukturen sowohl innerhalb der MOE-Länder als auch zwischen diesen Ländern und den EU-Mitgliedsstaaten deutlich unterscheiden.
3. Die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien im Rahmen des Luxemburg-Prozesses schließt auch die Überprüfung der beschäftigungspolitischen Zielvorgaben und Zeitvorgaben auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene mit ein. Zu diesem Zweck wurden alle Bereiche abdeckende Indikatoren festgelegt, anhand derer die Bewertung sowohl der zur Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien getroffenen Maßnahmen als auch der erzielten Ergebnisse vorgenommen werden. Neben Politikindikatoren sind dies Leistungsindikatoren zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie beschäftigungsrelevante Wirtschaftsindikatoren.
4. Angesichts der im Rahmen der EU-Erweiterung geforderten Einbeziehung der Beitrittskandidaten in die Europäische Beschäftigungsstrategie, bietet es sich an, die Entwicklung der Arbeitsmärkte dieser Länder ebenfalls anhand dieser Leistungsindikatoren zu überprüfen. Untersucht wird in der Studie zunächst der Stand der Anpassung des Arbeitskräftepotentials in den Ländern der Beitrittskandidaten anhand des Zusammenhangs von Wachstum, Produktivität und Beschäftigung. Anschließend

konzentriert sich die Studie auf eine Überprüfung der Performanz auf den mittel- und osteuropäischen Arbeitsmärkten. Durch einen Vergleich dieser Indikatoren mit den entsprechenden Werten der EU können Entwicklungs- bzw. Niveauunterschiede in den Beitrittskandidaten aufgezeigt werden. Zahlreiche Empfehlungen hinsichtlich Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik (etwa eine Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik) sowie von Regulierungen und institutionellen Reformen bis hin zur Ausgestaltung der Steuersysteme bzw. der Beiträge zum sozialen Sicherungssystem werden dagegen nicht berücksichtigt. Diese sind Gegenstand der im Rahmen der Beitrittspartnerschaften bzw. den Berichten über die Fortschritte bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt festgestellten Handlungsprioritäten und sollen in einer geplanten Folgestudie überprüft werden.

Beschäftigungsrelevante Wirtschaftsindikatoren(Wachstum, Beschäftigung und Löhne)

5. Mit Beginn der Transformation war in allen Transformationsstaaten ein massiver Rückgang des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen. Tiefe und Dauer der Übergangszession unterscheiden sich jedoch deutlich innerhalb einzelner Ländergruppen. Innerhalb der Gruppe der Beitrittskandidaten weisen nur Polen, Ungarn, Slowenien und, die Slowakische Republik einen stabilen Wachstumstrend nach Überwindung der Übergangszession auf. Die Tschechische Republik, Rumänien, Bulgarien und Estland leiteten zwar einen Wachstumsprozess ein, mussten aber ab 1997 bzw. 1996 (Bulgarien) und 1999 (Estland) erneut einen wirtschaftlichen Einbruch hinnehmen. Rumänien und Bulgarien liegen damit 1999 noch deutlich unter dem Ausgangsniveau zu Beginn der Transformation. Inkonsequenzen in der Wirtschaftspolitik und Verzögerungen bei den Strukturreformen führten in Lettland/Litauen zunächst zu einem deutlich ausgeprägterem und länger anhaltendem Rückgang des BIP, der sogar noch stärker ausfiel als in den GUS-Staaten. Beide Länder erreichten in der Folge zwar hohe Wachstumsraten (1997: 8,7%/7,3%), das Wachstum schwächte sich 1998 unter dem Einfluss der Russlandkrise jedoch ab und stagnierte bzw. war 1999 rückläufig. Insgesamt ähnelt für diese Länder der Verlauf der Wirtschaftsentwicklung hinsichtlich der Tiefe der Übergangszession eher derjenigen der GUS-Staaten, die bislang noch keine anhaltende Wachstumsphase aufzuweisen haben.
6. Auch hinsichtlich der Produktivitätsentwicklung ergeben sich innerhalb der Beitrittskandidaten signifikante Unterschiede. Gemeinsam ist allen Ländern zunächst ein Rückgang der Arbeitsproduktivität, dem in der Regel dann ein mehr oder weniger ausgeprägter Anstieg folgt. Den mit Abstand stärksten Anstieg der Arbeitsproduktivität weisen Ungarn, Polen, Slowenien, die Slowakische Republik sowie Estland auf. In allen diesen Ländern liegt die gesamtwirtschaftliche Produktivität deutlich über dem Ausgangsniveau zu Beginn der Transformation. Mit Ausnahme von Estland gilt dies auch für die Arbeitsproduktivität in der Industrie. Polen und Slowenien weisen zugleich das höchste Wirtschaftswachstum in der gesamten Region auf. In Ungarn liegt die Arbeitsproduktivität am höchsten über dem Ausgangsniveau, auch hier sind in den letzten Jahren relative hohe Zuwachsraten des BIP zu verzeichnen.

Deutlich hinter der Produktivitätsentwicklung dieser Gruppe zurückgeblieben ist eine zweite Gruppe von Ländern innerhalb der Beitrittskandidaten, die Tschechien, Rumänien und Bulgarien umfasst. Vor allem die vergleichsweise schwache Produktivitätsentwicklung in Tschechien überrascht insofern, als dieses Land häufig als führendes Reformland mit überdurchschnittlichen Reformfortschritten eingeschätzt wurde. In den genannten drei Ländern hat das Niveau der gesamten Arbeitsproduktivität das Ausgangsniveau nur leicht überschritten bzw. knapp erreicht. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Industrie blieb, mit Ausnahme Tschechiens, dabei deutlich hinter der Entwicklung der gesamten Produktivität zurück. In Bulgarien und Rumänien ist in den letzten Jahren sogar ein Rückgang der Arbeitsproduktivität zu verzeichnen, da der Beschäftigungsrückgang hinter dem Einbruch von BIP und Industrieproduktion zurückblieb. Die Schlusslichter hinsichtlich der Produktivitätsentwicklung bilden Lettland und Litauen. In beiden Ländern bewegt sich die gesamtwirtschaftliche AP deutlich unterhalb des Ausgangsniveaus, gleichzeitig war hier der stärkste Einbruch beim BIP zu verzeichnen. In Lettland liegt jedoch die Arbeitsproduktivität aufgrund eines hohen Anstiegs seit 1995 (jahresdurchschnittlich rund 11%) in der Industrie deutlich höher und hat etwa das Ausgangsniveau erreicht.

7. Da sich in einer Reihe von Ländern die Produktivität wesentlich ausgeprägter erholt hat als die Produktion, ergibt sich schon aus arithmetischen Gründen, daß die Beschäftigung in diesen Ländern deutlich stärker als die Produktion gesunken ist. Das zu Beginn der Transformation gegebene hohe Ausmaß der Überschussbeschäftigung wurde damit abgebaut. Sowohl für die Beschäftigungsentwicklung insgesamt als auch in der Industrie gilt dies für Ungarn, Polen und Slowenien. In Bulgarien, Rumänien sowie den beiden baltischen Ländern Lettland und Litauen ist jedoch ein anderes Anpassungsmuster anzutreffen. Die Produktion und zwar sowohl insgesamt das BIP als auch die Industrieproduktion ist stärker als die Beschäftigung (gesamt bzw. Industrie) gesunken. Die Entwicklung in diesen Ländern spiegelt damit eine relativ geringe Restrukturierung wieder, die zu einem kombinierten Rückgang von Produktion, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität geführt hat. In Tschechien und Estland übersteigt zwar insgesamt der BIP-Anstieg das gesamte Beschäftigungswachstum, in der Industrie jedoch wurde die Beschäftigung auf einem im Vergleich zur Industrieproduktion hohem Niveau beibehalten.
8. Eine wichtige Determinante für mittelfristiges Wachstum ist die Entwicklung der Unternehmensgewinne, die über den Einfluss auf Investitionsentscheidungen zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. In der Studie werden als Indikator für die Veränderung der Gewinnmargen in der Industrie die Veränderungen der Reallöhne bzw. der realen Lohnstückkosten herangezogen, die die Verschiebungen in der relativen Einkommensposition von Lohnempfängern und Beziehern von Gewinnen widerspiegeln.

Deutliche Produktivitätsgewinne weisen nur Polen und Ungarn (seit 1993) sowie in etwas geringerem Umfang Slowenien (seit 1994) und die Slowakische Republik (seit 1995) auf. In Polen liegt allerdings der Reallohnanstieg in den letzten Jahren über dem Produktivitätszuwachs und hat sich entsprechend über ansteigende Lohnstückkosten negativ auf die Rentabilität der Unternehmen ausgewirkt. In Tschechien

wird die Entwicklung durch das dauerhafte Missverhältnis von Reallöhnen und Arbeitsproduktivität geprägt, das zu Einbußen bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führte. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Entwicklung der Investitionen, die seit 1997 sinken und zusammen mit der rezessiven Entwicklung der Industrieproduktion für eine anhaltende Belastung des Arbeitsmarktes sorgen. Auch in Bulgarien und Rumänien sind bisher keine dauerhaften Produktivitätsgewinne zu verzeichnen, ebenfalls mit Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Exportentwicklung. In den Baltischen Staaten ging der Beschäftigungsabbau zunächst vor allem zu Lasten der Reallöhne. In Lettland und Estland hat sich aufgrund des anhaltenden Beschäftigungsabbaus die Schere zwischen Reallohnsteigerungen und Zunahme der Lohnstückkosten zumindest tendenziell seit 1995 verringert. Der Druck auf die Gewinnmargen der Unternehmen ist damit geringer geworden.

Die Beschäftigungsleistung der Beitrittskandidaten

9. Die in der Studie vorgenommene Bewertung der Arbeitsmarktpformance in den Beitrittskandidaten stützt sich auf Basisindikatoren, die von der Europäischen Kommission (DG V) zum Monitoring der Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten entwickelt wurden. Überprüft werden zwei Zielsetzungen der europäischen Beschäftigungspolitik: für den Bereich „Beschäftigung“ werden das Beschäftigungswachstum, das Beschäftigungsniveau, die Chancengleichheit und die Integration älterer Beschäftigter, für den Bereich „Arbeitslosigkeit“ die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Chancengleichheit, die Integration von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen herangezogen. Jeder dieser Aspekte der Performance auf den Arbeitsmärkten wird durch entsprechende Indikatoren operationalisiert und empirisch für die Beitrittskandidaten der ersten Runde (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Estland) und zweiten Runde (Bulgarien, Rumänien, Slowakische Republik, Lettland und Litauen) überprüft. Um Entwicklungstendenzen zu verdeutlichen, werden für diese Indikatoren jeweils die Werte für 1998 und 1994 verwendet. In der Arbeit werden Rautendiagramme verwendet, um die Beschäftigungsleistung der Beitrittskandidaten in übersichtlicher Form einander gegenüberzustellen. Die grundlegenden Arbeitsmarktindikatoren werden dazu in Indexwerte mit einem einheitlichen Maßstab umgewandelt. Wo die einzelnen Kandidaten stehen, ergibt sich jeweils aus der relativen Position gegenüber einem Referenzwert (benchmark), der als die beste Leistung für jeden Indikator im Jahr 1998 definiert ist.
10. Der Vergleich der Indexwerte für die acht verwendeten Indikatoren zeigt, daß für sechs der acht Indikatoren die Beitrittskandidaten zum Teil sogar deutlich bessere Werte als der EU-Durchschnitt aufweisen. Lediglich für das, volkswirtschaftlich gesehen allerdings wichtigste Kriterium des Beschäftigungswachstums liegen für den Zeitraum von 1994 bis 1998 nur Slowenien, Polen und die Slowakische Republik über dem Beschäftigungswachstum des EU-Durchschnitts. Daneben weist nur Bulgarien in diesem Zeitraum ein positives Beschäftigungswachstum auf. Allerdings hat sich im Vergleich zur Periode 1994/90 der Abstand zur EU deutlich ver-

ringert. In dieser Periode waren alle Beitrittskandidaten mit massiven Beschäftigungseinbrüchen konfrontiert.

11. Die Beschäftigungsquoten liegen im Durchschnitt der 10 Beitrittskandidaten nur leicht über dem Durchschnittswert der EU15 mit zum Teil erheblichen Abweichungen, wobei der Grad der Streuung in etwa demjenigen innerhalb der EU entspricht. Die höchsten Beschäftigungsquoten mit rund 70% erreichen Estland, Tschechien und Rumänien, Länder also die bei der Restrukturierung Defizite aufweisen. In den ersten Jahren der Transformation wurde zunächst der Rückgang der Beschäftigung durch einen Anstieg der Nichtpartizipation und weniger durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit kompensiert. Im hier untersuchten Zeitraum zwischen 1994 und 1998 wurde der in Bulgarien und Lettland zu verzeichnende Anstieg der Beschäftigungsquote im wesentlichen durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht. In Slowenien verdankt sich die Zunahme der Beschäftigungsquote dagegen einem Anstieg der Partizipation. In Ungarn erklärt dagegen der Anstieg der nicht am Erwerbsleben teilnehmenden Bevölkerung sowohl den Rückgang der Beschäftigungsquote als auch den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Auch in Polen sind Arbeitslose gänzlich aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Der demographische Faktor spielt insgesamt eine untergeordnete Rolle. In Polen und der Slowakischen Republik hat er einem deutlicheren Anstieg der Beschäftigungsquote entgegengewirkt.
12. Am deutlichsten ist der Vorsprung der Beitrittskandidaten bei den geschlechtsspezifischen Indikatoren und zwar sowohl bei der Beschäftigung als auch bei der Arbeitslosigkeit. Bei der Beschäftigung weisen Bulgarien, Estland und Lettland annähernd gleiche Werte der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern auf. Aber auch alle anderen Länder weisen bessere Werte als der EU-Durchschnitt auf. Hier dürfte sich das Erbe aus den sozialistischen Zeiten, für die eine hohe Frauenbeschäftigung typisch war, widerspiegeln. Im Zeitablauf haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beschäftigung in Ungarn, Polen und Tschechien jedoch deutlich erhöht. Noch größer ist der Abstand zur EU bei den geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Arbeitslosigkeit. Mit Ausnahme der Slowakischen Republik haben sich aber seit 1994 in den meisten anderen Ländern die diesbezüglichen Unterschiede verstärkt, liegen aber nach wie vor sehr deutlich unter denjenigen der EU.
13. Neben den Vorteilen beim Beschäftigungswachstum stellt sich auch die Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit innerhalb der EU insgesamt im Vergleich mit den Beitrittskandidaten günstiger dar. Allerdings streuen die Arbeitslosenquoten innerhalb der Beitrittskandidaten sehr stark. Während in Tschechien, Ungarn, Rumänien und Slowenien das Niveau der Arbeitslosigkeit deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt, weist insbesondere Bulgarien eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit auf.
14. Bessere Werte als der EU-Durchschnitt weisen die Beitrittskandidaten insgesamt dagegen sowohl bei der Jugend- als auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit auf. Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegen 1998 nur Lettland und Litauen über dem EU-Durchschnitt. In den anderen Beitrittskandidaten ist der Anteil arbeitsloser Jugendlicher an der Bevölkerung (15-24 Jahre) deutlich gesunken. Allerdings weisen alle Länder mit Ausnahme von Tschechien hohe Jugendarbeitslosenquoten (Arbeitslose

Jugendliche in % der Erwerbsbevölkerung in jugendlichem Alter) auf. Jugendliche, die sich nicht in der Ausbildung befinden, haben demnach Schwierigkeiten, einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Vor allem in Polen und der Slowakischen Republik stellt der relativ hohe Anteil schlecht qualifizierter Jugendlicher ein zentrales Problem der Arbeitsmarktpolitik dar. Bezogen auf die allgemeine Arbeitsmarktsituation ist die Lage der Jugendlichen am schwierigsten in Rumänien und Slowenien. Dort liegt die Jugendarbeitslosigkeit zwar unterhalb des EU-Durchschnitts, die Jugendlichen stellen dort aber einen hohen Anteil der Arbeitslosen. Im Unterschied zu westlichen Industriestaaten sind in den Beitrittskandidaten Jugendliche auch überdurchschnittlich in der Langzeitarbeitslosigkeit vertreten. Dies gilt vor allem für Bulgarien und Rumänien, wo die Langzeitarbeitslosenquote von Jugendlichen um rund acht bzw. fünf Prozentpunkte über der gesamten Langzeitarbeitslosenquote liegt. Frauen und ältere Arbeitnehmer sind in den Beitrittskandidaten nicht in besonderer Weise von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.